



# STOPP!

## Nein! Der freie Samstag ist nicht zu verhandeln!

Wer mehr Stückzahlen bauen will, der hat die Bedingungen dafür zu schaffen: Erweiterte Produktionsanlagen, mehr Personal (Stamm-Beschäftigte natürlich). Wenn die Kapazitäten im Nordwerk nicht ausreichen müssen neue geschaffen werden, z.B. durch Wieder-Inbetriebnahme der Halle 2 oder Umbau der Halle 3 zur Entlastung der Halle 9, sowie Ausbau der Halle 1 zur Entlastung der Halle 8. Das ist doch logisch. Die Logik des Profits ist jedoch eine andere. Sie lautet: Warum soll ich Geld investieren in neue Anlagen, wo doch der Laden am Samstag und am Sonntag leer steht; wo doch der Arbeiter viel billiger, viel flexibler ist und viel schneller entsorgt werden kann, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Unser Gegenwarts- und „Zukunftsbild“, unser „Eckpunkt“, werte Werkleitung, ist also klar: Unsere Gesundheit, unser Familienleben stehen nicht zum Verkauf! Der Samstag bleibt frei. Punkt.

## Nein! Keine weiteren Fremdvergaben, Werkverträge und Leiharbeit!

Hinter dem „Zukunftsbild“, einem 99-seitigen Geheimpapier der Werkleitung, steht noch viel mehr drin. Da steckt eine tickende gesellschaftliche Zeitbombe dahinter: Hunderte von Fremdvergaben, also Armutslöhne und Leiharbeit! So geht dann die Rechnung auf: 400.000 Autos mit 13.000 AK = Ausweitung der Fremdvergabe und der Leiharbeit. Wer hier noch über „große Herausforderungen“ und ein „Zukunftsbild“ schwadroniert, der will doch ganz offensichtlich den Kollegen Sand in die Augen streuen, um sie an der klaren Sicht der Dinge und am entsprechenden Handeln zu hindern.

## Zu aller erst: Die 761 Abmahnungen müssen weg!

Es zeigt sich immer deutlicher: Die Kollegen hatten Recht, als sie in den Monaten November und Dezember protestiert und gestreikt haben gegen dieses Raubpaket. Die Nachtschicht, die in der Nacht vom 11. auf 12. Dezember die Brocken hin geschmissen hat, hat dafür 761 Abmahnungen kassiert. Wäre es da nicht das Allermindeste zu sagen: „Liebe Werkleitung, Ihr wollt, dass wir mit Euch an einem Tisch sitzen und über Arbeitspakete diskutieren? Dann aber mal ganz schnell weg mit den Abmahnungen!“? Oder sollte es da einen Zusammenhang geben, dass der 1. Bevollmächtigte der IG Metall auf der Betriebsversammlung im Dezember die Samstagsarbeit vorschlägt und sich anschließend in der Presse von der Aktion der Metaller in der DNS distanziert?

## Ein Votum der Betroffenen muss her!

Die Stimmung auf der letzten Vertrauensleute-Versammlung, vor allem der in der Nachtschicht, war eindeutig. Auch wenn auf der darauffolgenden Betriebsratssitzung behauptet wurde, die DNS lehnt das Springerschichtmodell nicht grundsätzlich ab, sondern hat nur „Anmerkungen“ dazu gemacht. Auch kein Wort von der Wut auf den Betriebsrat und die IG Metall. Aber Wut allein und Austritte sind keine Antwort. Sie demonstrieren eine gewisse Ohnmacht gegenüber der Situation. Während die Aktionen und Streiks ein kleines Stück unserer Macht gezeigt haben, wenn wir sie nur wahrnehmen. Wenn man nicht gehört wird, dann muss man sich Gehör verschaffen. Es ist zwar viel die Rede davon, dass die Belegschaft beteiligt und einbezogen werden soll, aber über die eigene Zukunft mitentscheiden ist damit offensichtlich nicht gemeint. Noch vor der großen Vertrauensleuteversammlung am Mittwoch sollte der Betriebsrat über einen Verhandlungsauftrag abstimmen. Dass die Abstimmung nach heftigen Protest einzelner Betriebsräte um zwei Tage verschoben, nützt gar nichts, denn mit welchem Ziel der Betriebsausschuss in die Verhandlung geht, war auch am Donnerstag noch unklar. Ganz offensichtlich will er sich da auch nicht reinreden lassen, am Ende wird es heißen, mehr konnten wir nicht erreichen – Friss oder Stirb! Wir schlagen deshalb vor, dass vor Abschluss einer Vereinbarung zwischen Werkleitung und Betriebsrat, auch wenn es „nur“ die berühmten „Eckpunkte“ sind, eine **weitere, bzw. zusätzliche Betriebsversammlung** (nach §43, bzw. §44 Betriebsverfassungsgesetz) stattfindet, um dann eine **schriftliche Abstimmung** zu machen. Die Betroffenen allein müssen darüber entscheiden, ob sie den Preis Samstagsarbeit, noch mehr Arbeitshetze und Fremdvergabe und Leiharbeit bezahlen wollen oder nicht. Wer, wenn nicht die Betroffenen, können am Besten entscheiden, was für sie gut oder schlecht ist? Was kann sich ein Betriebsrat mehr wünschen, als ein Votum seiner Wähler, als Rückenstärkung gegenüber der Werkleitung? Wie entspannt kann er den Erpressungen des Managements entgegen treten, wenn die Belegschaft ein demokratisch gefälltes Votum abgibt? Das Votum sollte schriftlich erfolgen. Denn mündlich haben es die September-Versammlungen ja schon eindeutig gefällt. Dass wir daran immer wieder erinnern müssen, zeigt nur, dass wir diesmal die Schriftform brauchen. Das ist unser Vorschlag und wir gehen davon aus, dass er im Sinne aller Beteiligten (außer der Werkleitung natürlich) sein muss, sofern sie es wirklich ernst meinen.



## Chancen und Risiken

Ob Werkleitung, der Bevollmächtigte der IG-Metall oder der Betriebsrat, alle reden sie von der

Chance, das hier in Bremen im nächsten Jahr über 400.000 Autos gebaut werden können (im Vergleich, 2015 geplant rund 328.000 Fahrzeuge). In ihrem Strategiepapier aus dem Herbst 2014 wies die Werkleitung hierfür 92 Sonderschichten aus. Noch bevor der Betriebsrat im Januar sein eigenes Zukunftsbild für den Standort Bremen veröffentlichte (mit der Kernforderung, die Beschäftigtenzahl bei ca. 13.000 Mitarbeitern zu halten) brachte der erste Bevollmächtigte unserer Gewerkschaft auf der Betriebsversammlung im Dezember einen eigenen Vorschlag ein, wie wir am Standort die zusätzlichen Autos bauen sollten: Ein intelligentes Schichtmodell solle entwickelt werden. Produktion an

sechs Tagen in der Woche, unter Einhaltung der individuellen 5-Tage-Woche (auf Deutsch: mit Regelsamstag). Ebenso wie der Betriebsratsvorsitzende sprach er dort von der Chance die sich ergäbe, 400.000 Autos bauen zu können. Große Teile des Betriebsrats vertreten ebenso diese Meinung. Seit Ende Februar wird in verschiedenen Arbeitspaketen zwischen Betriebsräten, Vertrauensleuten, Vertretern der JAV, SBV, des Bevollmächtigten der IG-Metall auf der einen Seite (nach dem Motto, wir haben euch doch beteiligt) und Vertretern der Arbeitgeberseite auf der anderen Seite, versucht die Zielbilder in Deckung zu bringen - ein aussichtsloses Unterfangen. Das wurde spätestens nach der ersten Verhandlungsrunde mit der Werkleitung deutlich. Die hat dort ein Papier vorgelegt, in dem sich außer dem Springerschichtmodell, praktisch keine Punkte aus den „gemeinsamen“ Arbeitspaketen wiederfanden. Nachdem sich diverse Leute, insbesondere der Arbeitgeber aufgeregt hatten über unser letztes Flugblatt und die darin enthaltene Bezeichnung „Spielkreis“ für diese Arbeitsgruppen, hat der Personalchef Herr Niederhausen dort für den „gemeinsamen“ Prozess der Arbeitspakete viel unschönere Worte gefunden; `Der Kuschelkurs ist vorbei.`

Bitte, gerne!. Es Recht, wenn das einzige Resultat dieses Kuschelkurses ein Modell zur Ausweitung der Betriebsnutzungszeit ist. Aus Reihen des Betriebsrats und unter Einbringung auch der Ideen des 1. Bevollmächtigten, ist dieses neue Schichtmodell ausgearbeitet worden, das es

der Werkleitung annähernd ermöglichen würde, die geforderte Stückzahl zu bauen. Das so genannte Springerschicht-Modell sieht die Einführung des Regelsamstags in der Frühschicht, alle 4 Wochen eine 6-Tage Arbeitswoche mit insgesamt 46,5 Stunden Arbeitszeit (bei einer Arbeitszeit von 7,45 Stunden) und für die Nachtschicht alle zwei Wochen eine Nachtschicht von Freitag auf Samstag und ebenfalls alle vier Wochen eine 6-Nächte Woche vor.

Das ist der Werkleitung aber noch nicht genug, sie fordert, dass die Nachtschicht am Sonntag eine Stunde früher beginnen soll und der Arbeitstag am Regelsamstag 7,45 Stunden haben soll. Das ist doch mal ein gutes Angebot.

Spätestens hier wird klar, dass die Chance der Werkleitung, den Profit zu erhöhen und die Chance, die die Entscheidungsträger in Gewerkschaft und Betriebsrat sehen, das Risiko der anderen,

spricht der Belegschaft ist. Was, Kollegen, haben wir vom Presswerk bis zur Montage davon, wenn wir unter den aktuellen Bedingungen in 2016 die 400.000 Autos bauen? Etwa bessere Arbeitsbedingungen, weniger Belastung oder am Ende sogar einen gerechteren Lohn? Nein, um es noch einmal zu sagen: den Regelsamstag haben wir davon, die 46,5-Stunden-Woche. Alle zwei Wochen eine Schicht von Freitag auf Samstag in der ohnehin schon stark belasteten Dauernachtschicht haben wir davon - und die damit verbunden Folgen für Gesundheit, Privatleben und Familie. Das benötigte Personal holt die Werkleitung auch über Fremdvergaben herein, aktuell sind die Tore 1 und 8 fremdvergeben worden. Es gibt keinen ausgearbeiteten Plan der Werkleitung, die Belastung zu verringern oder Arbeitsbedingungen zu verbessern, falls die Autos doch am Standort gebaut werden sollten, allenfalls windelweiche Absichtserklärungen dazu hat sie abgegeben. Planungen der Werkleitung, die zusätzlichen Autos im Südwerk (Reaktivierung Halle 2, Umbau Halle 3) gibt es seit Herbst 2014. Der Werkleitung sind diese Pläne aber a) zu teuer und sind b) mittlerweile zeitlich nicht mehr umsetzbar und c) passen sie nicht in ihre Strategie.

Die Werkleitung hat erklärt, dass der Ausbau des Südwerkes definitiv nicht weiterverfolgt wird. **Wir erklären hiermit, dass es für uns keine Zustimmung zu einem Regelsamstag geben wird.**

### Arbeitsbedingungen in der Montage

#### Sollen wir so noch mehr Autos bauen?

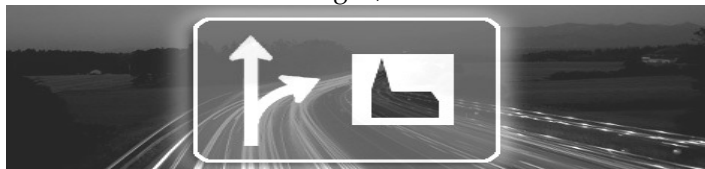
Ein Ferienarbeiter aus Halle 9 legte dem Arbeitgeber eine Krankschreibung vor, die uns allen zu denken geben sollte. Der behandelnde Arzt hatte ihr folgende Bemerkung beigefügt (sinngemäß): „Dies ist keine Gefälligkeits-Krankschreibung. Mein Patient ist gewohnt harte Arbeit im Schlachthof auszuführen, aber die Arbeit in der Montage bei Mercedes ist seiner Gesundheit nicht zuträglich.“ Der junge Kollege wurde natürlich trotzdem gekündigt.

## Wenn die Zahl 400.000 zum Glaubensbekenntnis wird...

... dann setzt allzu oft der Verstand aus. Und das ist bekanntlich gefährlich. Geblendet von dieser Zahl (und der vermeintlichen „gesicherten Zukunft“ des Werkes Bremen), lassen sich Einige von den zuckersüßen Worten des Herrn Kellermann locken und drohen ihm auf den Leim zu gehen.

Es geht nicht um 400.000 Einheiten! Es geht um die Umsetzung des Vorstandspapiers 2020, das vor 2 Jahren auf den Tisch gekommen ist. Worum geht es dabei wirklich? Es geht konkret um den Regelsamstag, es geht um die totale Flexibilität, es geht um noch mehr Arbeitshetze, um noch mehr Fremdvergabe und noch

mehr Leiharbeit. Es geht um die Ermächtigung des Kapitals, frei und ohne Hindernisse über den Arbeiter und sein Familienleben zu verfügen, mit Haut und Haar.



Die 400.000 – das ist so, wie wenn der Pfaffe dem Verhungerten den Hunger schmackhaft macht, mit dem Hinweis auf ein glücklicheres Leben nach dem Tod.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir stehen mitten in diesem Leben, mit unseren Familien, mit unseren Kindern. Deren und unsere Zukunft haben wir zu verteidigen, hier und jetzt. Wenn es wirklich um die 400.000 Einheiten ginge, dann hätte diese Werkleitung schon im Frühjahr

2014 entscheiden müssen, die Hallen-Kapazitäten zu erweitern. Dies war bereits damals ein Vorschlag von uns. Sich heute hinzustellen und zu sagen: „Das geht nicht so schnell“ oder – noch zynischer – „das kostet zu viel“ - das ist schlicht und einfach eine Frechheit und der endgültige Beweis, dass es den Herren gar nicht um die 400.000 Einheiten geht. Und für unendlich schwach halten wir es, dass die Mehrheit des Betriebsrats und die IG Metall-Führung sich mit dieser Provokation abspesen lässt. Wir bleiben dabei: Wenn es wirklich um diese Stückzahlen gehen sollte, dann gehören die Bedingungen dafür her: Die Wiederbelebung der Halle 2 oder der Umbau der Halle 3, sowie der Halle 1, die deutliche Aufstockung des Stammpersonals, statt Samstagsarbeit und noch mehr Fremdvergabe und Leiharbeit, sowie natürlich die Übernahme aller Leiharbeiter - sofort.

## Einige Fakten zur Diskussion:

Der Krieg in der Autoindustrie nimmt irrsinnige Formen an: Bis zu 25% Rabatt gibt es: Rund 30% der Käufer sind Firmen, die ohnehin einen großen Rabatt kriegen; weitere 30% sind Tageszulassungen, die mit hohem Rabatt verkauft werden (das geht so: Neufahrzeuge werden für wenige Tage zugelassen und dann billig als „junge Gebrauchte“ verscheuert).

Die Zahl der Privatkunden für Neuwagen in Deutschland hat sich seit 1990 mehr als halbiert (von 2,74 Mio. auf 1,1 Mio) (Die Welt, 28.11.2014).

Obwohl das Auto-Geschäft in Russland insgesamt um 30% eingebrochen ist, plant Daimler den Bau eines neuen PKW-Werkes (u.a. für den GLK) in St. Petersburg.

Die Autoindustrie weist für 2014 weltweit offiziell 127 Milliarden US-Dollar Gewinn aus. Die offiziell ausgewiesene Rendite in der Autoindustrie beträgt im Durchschnitt 6,6%, bei Daimler über 8% (wirtschaftsblatt 25.03.2015).

Das ist ein Teil der Gründe, warum wir nun bluten sollen mit Samstagsarbeit, „Springerschichten“ und Fremdvergabe!

Und gleichzeitig steigt das Elend der Menschen in diesem, einem der reichsten Länder der Welt:

- 43,3% der Beschäftigten befinden sich in Leiharbeit, Minijobs und Teilzeit
- im Zuständigkeitsbereich der IG Metall arbeitet ein Drittel in Leiharbeit oder Werkverträgen
- in der Autoindustrie ist das Verhältnis von Stammbeschäftigten zu Leiharbeitern und Werkverträgen 2 : 1
- jeder Dritte vom Arbeitsamt Vermittelte wird in Leiharbeit gezwungen
- offiziell gelten in der BRD 12,5 Mio. Menschen (15,5%) als arm
- 7,4 Mio. Menschen mussten Leistungen zur sozialen Mindestsicherung beantragen, weil sie von ihrem Einkommen nicht leben können
- 6,6 Mio. Rentner haben eine Rente unter 600 €, Tendenz steigend
- von 2000 bis 2014 haben die Lohn- und Gehaltsabhängigen 1,2 Billionen € an Einkommen eingebüßt, während sich eine Handvoll Reiche sich um diese Summe bereichert hat.

**Reicher Mann  
und armer Mann  
standen da und  
sahen sich an.  
Und der Arme  
sagte bleich:  
„Wär ich nicht  
arm, wärst Du  
nicht reich.“  
(Bertolt Brecht)**

Das ist ein Teil der Gründe, warum wir unseren Kindern gegenüber, der ganzen Gesellschaft gegenüber die Pflicht haben, gegen Armutslöhne und Leiharbeit zu kämpfen!

## Splitter aus der Nachtschicht-Betriebsversammlung (März 2015)

Auszüge aus Reden von Kollegen:

„...Ihre Reaktion auf unsere großartige Aktion gegen Fremdvergabe und Leiharbeit war in meinen Augen nur armselig und es hat uns auch gezeigt, wie hilflos und planlos Sie, meine Herren, gewesen sein müssen...Ich bin stolz, dass wir endlich ein Zeichen gegen diese Lohnsklaverei gesetzt haben, auch wenn wir diesen Kampf in erster Runde scheinbar verloren haben und die Fremdvergabe wahrscheinlich weiter geht. Wir dürfen uns nicht von den Kapitalisten einschüchtern lassen, unser Kampf gegen diese prekären Arbeitsverhältnisse muss weiter gehen ...

... noch ein kleiner Rückblick auf die Betriebsversammlung vom 09.12.2014: Mir wurde als Gewerkschafter beigebracht, dass wir uns nicht vor der Werkleitung, also dem Klassenfeind, gegenseitig kritisieren, weil es sonst dem Klassenfeind warm am Bein runter läuft. Ich weiß nicht, was Dich geritten hat, Volker Stahmann, aber Deine Aussage, die Aktionen gegen Fremdvergabe im letzten Jahr und Leiharbeit hätten nichts gebracht, die Aktionen in diesem Jahr hätten nichts gebracht und sie würden auch im nächsten Jahr nichts bringen – und dies alles in Gegenwart der Werkleitung zu sagen, ist für jede Kollegin und für jeden Kollegen eine Ohrfeige seitens der IGM. Gerade Du solltest wissen, dass wir alle unsere Errungenschaften auf der Straße erkämpft haben ... Vielleicht hast Du mit Deiner Äußerung ja dem Klassenfeind imponiert, bei uns hast Du viel Kredit verspielt und pass auf, dass das Fass nicht überläuft und überlege mal, von wem Du bezahlt wirst ...“

„Auch ich gehöre zu den 761 Kollegen, ... die abgemahnt worden sind. Bevor nun der Eindruck entsteht, dass ich hier um eine Rücknahme der Abmahnung bettele – Nein!

[Fortsetzung nächste Seite]



## Unglaublich

Es ist schon erstaunlich mit welcher Begeisterung im Betriebsrat daran gearbeitet wird uns noch häufiger und noch länger in Halle 9 arbeiten zu lassen. Die Werkleitung dreht jedes Jahr die Stückzahlen hoch und weigert sich gleichzeitig die Produktionsflächen dafür zu schaffen. Also überlässt sie es dem Betriebsrat uns klarzumachen, dass das nur über Mehrarbeit zu schaffen ist. Es ist nicht so, dass man das nicht **mal** machen kann, was wohl jeder einsehen würde. Nein. Wir schrauben hier seit Jahren das große Schichtmodell und Sonderschichten. Es ist ja nicht so, dass das Arbeiten hier Spaß macht.



Nein, dass arbeiten hier ist kaum noch zu ertragen. Ständige Taktverkürzung bei gleichzeitiger Übertaktung von Stationen. Arbeitsbedingungen die dafür sorgen, dass man die Halle als Arbeitslager bezeichnet. Umgangsformen von Führungskräften den Mitarbeitern gegenüber, die weder mit Wertschätzung noch mit Respekt etwas zu tun haben, sondern wohl eher an das Verhalten von Blockwarten erinnern. Diese Zustände herrschen nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren. Wer aber Halle 9 nur aus Erzählungen kennt und Google Earth braucht für eine Wegbeschreibung von Gebäude 76 nach Halle 9, der weiß es halt nicht besser. Aber jetzt kommt der große Sprung nach vorne. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von BR, diversen VKLern und der IG Metall höchstpersönlich will man in sog. Arbeitspaketen die Bremer Daimlerwelt verbessern. Da bekommt man auch ein Schreiben von der IG Metall in dem steht was man erreichen will. Ganz oben steht: „Wir wollen Beschäftigung sichern, aufbauen und die Belange der Belegschaft berücksichtigen.“ Weiter unten steht: „Wir wollen bei der täglichen Arbeit entlastet werden und unsere Arbeit ergonomisch und entlastend gestalten damit wir gesund in Rente gehen können.“ Und noch weiter unten steht: „... können wir einige Lösungen schnell erreichen, für andere Lösungen werden wir mehr Zeit benötigen.“ Und weil Entlastung eben **nicht** so wichtig ist und deshalb weiter unten steht, ist ein erstes Ergebnis die Verlängerung der Arbeitszeit auf 7 Stunden 45 Minuten täglich. Ja genau, auch an Samstagen. Das ist wohl eine der Lösungen die man schnell erreichen kann. Nochmal! Unter Teilnahme des **1. Bevollmächtigten der IG Metall** ist das Ergebnis die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 7 Stunden 45 Minuten an 6 Tagen in der Woche. Ach ja. Als Gegenleistung ist dann der Dienstag in der Spätschicht frei. Und das nennt man dann wohl Entlastung. Wer kann dazu schon nein sagen? Das eine sag ich euch liebe Gewerkschaft und liebe IG Metall Betriebsräte, wenn ihr das durchwinkt, bin ich raus aus der IG Metall. (Ein Mitarbeiter aus Halle 9)

Das tue ich bestimmt nicht, ganz im Gegenteil. Ich bin stolz, an dieser Aktion beteiligt gewesen zu sein und würde es jederzeit wieder tun!!! ... Mir hat diese Aktion gezeigt, dass wir alle zusammen Einiges erreichen können. Die Betonung liegt hier ganz auf können. Denn um diese und kommende Fremdvergaben plus sonstige Schweinereien, die künftig auf uns zukommen werden, verhindern zu können, müssen noch mehr Kollegen den aufrechten Gang gehen ...

... Mal abgesehen davon, dass diese Abmahnungen samt Androhung von Schadenersatzansprüchen nicht gerechtfertigt sind, zeigt die armselige Reaktion der Werkleitung auf unsere berechtigten Proteste gegen Fremdvergabe, Niedriglöhne und damit verbundene skandalöse Arbeitsbedingungen doch in Wirklichkeit nur Eines: Dieses Unternehmen hat Angst vor uns und unseren Protesten ...“

„Zum Thema Arbeitszeiten ... Meint Ihr nicht, dass die Belastung der Kollegen hier im Werk schon groß genug ist? Wenn wir hier 400.000 Autos bauen sollen, dann geht das nur mit wesentlich mehr Personal und Ausbau der Anlagen ... Meine Kollegen und ich würden uns jedenfalls sehr wünschen, auch einmal gefragt zu werden, unter welchen Bedingungen wir diese Einheiten bauen können ...“

## Apropos Fremdvergabe

Wolfgang Schorlau behandelt in seinem Krimi "Am zwölften Tag" die Zustände in der Fleischindustrie (die Tierquälerei und brutale Ausbeutung der über Werkverträge eingesetzten Arbeiter aus Rumänien ...) Er läßt den "Hühner-Baron" - der sich als Kaiser sieht - folgendes sagen:



"Viele denken, wir Schlachter seien primitive Kerle. Die Fleischindustrie sei rückständig. Das Gegenteil ist wahr. Wir sind die Zukunft. Haben Sie nicht neulich den Film im Fernsehen gesehen? Er wurde direkt nach der Tagesschau gesendet: "Hungerlohn am Fließband". Die Daimler AG kopiert unser Konzept der Werkverträge. Im Herzen der Industrie, an den Bändern in Untertürkheim." (S. 323)

**Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen**

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, PW (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel. 6679) / und viele andere

E-Mail-Kontakt: [gerwingoldstein@freenet.de](mailto:gerwingoldstein@freenet.de) / Spenden: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt [04.15]

# Es bleibt dabei: Die 761 Abmahnungen müssen weg!

Wir dokumentieren hier zwei Meinungen zu den Klagen gegen die Abmahnungen. Es sind zwei sehr unterschiedliche Haltungen. Die „Kopfstütze“ wiederholt die Meinung des 1. Bevollmächtigten, der IG Metall, Stahmann, dass die Klagen aussichtslos und sinnlos seien. Die andere Haltung ist die, der Klageführenden Rechtsanwälte, sowie des Republikanischen Anwaltsvereins. Obwohl wir die Meinung der „Kopfstütze“ für absolut ungewerkschaftlich und falsch halten, drucken wir sie hier nochmals ab, damit Ihr Euch selbst ein Bild machen könnt.



## Die 761 Abmahnungen und das europäische Streikrecht

Ende vorigen Jahres haben alle Schichten deutlich gemacht, was sie von den weiteren Fremdvergaben halten. Unser Arbeitgeber vergibt auf leichtfertige Art immer wieder die Arbeitsplätze, auf denen auch Kolleginnen und Kollegen arbeiten können, die gesundheitliche oder körperliche Einschränkungen haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Dauernachtschicht waren darüber so sauer, dass viele von ihnen nicht mehr in der Lage waren, ruhig ihrer Arbeit nachzugehen – und gingen deshalb schon vor Schichtende nach Hause. Das taten sie trotzdem sie wussten, dass sie dafür Abmahnungen bekommen würden. Jetzt ist ein Teil von ihnen bereit, dagegen eine Klage zu führen. Diese Klage bezieht sich auf das aus ihrer Sicht unzureichende Streikrecht in Deutschland. Darauf begründet sich bei vielen die Hoffnung, dass die Abmahnung zurück genommen werden muss. Diese Erfolgsaussichten muss jeder selbst bewerten, weil dafür ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes notwendig ist. Erst bei einem erfolgreichen Urteil des Europäischen Gerichtshofes kann die Gesetzgebung in Deutschland für die Zukunft möglicherweise geändert werden. Dieser Ablauf wird einige Jahre dauern, wenn es gelingt über mehrere Instanzen der Gerichte zu kommen. Ob bei Erfolg in beiden Sachen auch Abmahnungen die dann mehrere Jahre zurück liegen ihre Gültigkeit verlieren – ist zumindest fraglich. Außerdem haben sie dann ihre rechtliche Relevanz weitestgehend verloren. Schon Anfang des Jahres haben die Anwälte der IG Metall die Möglichkeit geprüft, mit Klagen vor dem Arbeitsgericht die Abmahnungen „weg“ zu bekommen. Auch viele andere Anwälte sind leider zu der Auffassung gekommen, dass die Abmahnungen auf dem gerichtlichen Weg nicht „weg“ zu bekommen sind. Aus diesem Grund hat die IG Metall eine Gegendarstellung entwickelt, welche in leichter Veränderung jedem Kollegen/in empfohlen wurde, dass sie in die Personalakte gelegt werden soll. Da etwaige Klagen gegen die Abmahnungen an sich leider keinen Aussicht auf Erfolg haben, wird die IG Metall auch keinen Rechtsschutz gewähren, da wir nach Satzung Rechtsschutz nur bei Erfolgsaussichten gewähren dürfen.

[Fortsetzung nächste Seite]

## Rechtsanwälte

### Wer nicht klagt, hat schon verloren

#### Zu dem Artikel „Die 761 Abmahnungen und das europäische Streikrecht“

(in Kopfstütze, Zeitung der VKL der IGM bei Mercedes Benz Bremen, April 2015)

761 Kolleginnen und Kollegen der Nachtschicht wurden abgemahnt. Diese Abmahnungen wurden nicht nur ausgesprochen, weil die Kolleginnen und Kollegen vor Schichtende nach Hause gingen, sondern auch weil sie sich schon davor während der Schichtzeit „gemeinsam mit anderen Mitarbeitern versammelten“, wie es wörtlich in den Abmahnungen heißt.

Über 550 Kolleginnen und Kollegen haben auf ihre Abmahnung schriftlich reagiert und erklärt: „Ich sehe diese Abmahnung nicht als gerechtfertigt an“. Sie haben die Entfernung ihrer Abmahnung aus der Personalakte verlangt. Das lehnt die Daimler AG ab. Der logische Weg ist jetzt, sein Recht einzuklagen.

Doch der Autor des Artikels „Die 761 Abmahnungen und das europäische Streikrecht“ in der 'Kopfstütze' meint: „Wer klagt, verliert“. Er hat zu vergessen zu ergänzen: Wer nicht klagt, hat schon verloren. Gewinnen können nur die, die klagen.

Der Autor des Artikels in der 'Kopfstütze' meint, der Rechtsstreit über mehrere Instanzen werde einige Jahre dauern. „Ob bei Erfolg ... auch die Abmahnungen, die mehrere Jahre zurück liegen, ihre Gültigkeit verlieren, ist zumindest fraglich“. Bei einem erfolgreichen Prozess verlieren die Abmahnungen nicht ihre Gültigkeit, sondern haben die Gültigkeit schon verloren oder haben, weil sie von Anfang an rechtswidrig waren, nie Gültigkeit gehabt. Deswegen wird die Daimler AG bei einem erfolgreichen Prozess verurteilt, die Abmahnungen aus der Personalakte zu entfernen. Es ist allerdings richtig, dass jede Abmahnung nach mehreren Jahren ihre Gültigkeit verliert. Genauso richtig ist aber auch: Solange die Abmahnungen in der Personalakte sind, können sie heraus geklagt werden. Der Rechtsstreit kann selbst dann fortgesetzt werden, wenn die Abmahnungen nach zwei oder drei Jahren aus der Personalakte entfernt werden. Ob und wann die Personalverantwortlichen der Daimler AG die Abmahnung aus der Personalakte entfernen, steht allerdings in den Sternen. Im Leitfaden ‚Abmahnung‘ der Daimler AG heißt es dazu: „... hat die Angelegenheit noch weitere

[Fortsetzung nächste Seite]

## Zeitung der VKL - Fortsetzung

Eine finanzielle Unterstützung der Kläger/innen gegen das deutsche Streikrecht ist aus Satzungsgründen auch nicht möglich. Alle DGB Einzelgewerkschaften leiten einen Teil ihrer Beitragseinnahmen an den DGB weiter. Dieser hat dafür eine DGB Rechtsschutzabteilung eingerichtet, um Klagen im Arbeits- und Sozialrecht für Gewerkschaftsmitglieder zu führen. Deshalb kann und darf die IG Metall nicht auf diesem Wege solche Klagen aus Beitragseinnahmen aller Mitglieder finanzieren. Ein anderer Aspekt ist natürlich, dass es im Sinne einer so großen Organisation notwendig ist, zuerst eine Mehrheit der Mitglieder hinter dieses Begehren zu bekommen. Das entscheidet nicht der Vorstand der IG Metall, sondern der Gewerkschaftstag. Dort entscheiden die demokratisch gewählten Vertreter aus 164 Verwaltungsstellen, welches die richtige Meinung der gesamten Organisation sein soll. Anders lassen sich die vielfältigen Meinungen von über 2 Millionen Mitgliedern nicht unter „den Hut“ einer Einheitsgewerkschaft bringen. Deshalb werden wir gemeinsam immer wieder dem Arbeitgeber deutlich machen, dass aus unserer Sicht die Abmahnungen ungerechtfertigt und überzogen sind. WIR haben manchmal keine andere Möglichkeit um unsere Position deutlich zu machen. WIR werden uns durch solche Abmahnungen nicht auseinanderbringen lassen! Außerdem fordern wir den Arbeitgeber deutlich auf, nicht immer wieder solche Tätigkeiten Fremd zu vergeben, unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen diese Arbeitsplätze auch in Zukunft! (Seite 4)



## Rechtsanwälte - Fortsetzung

Bedeutung, so bleibt die Abmahnung in der Personalakte, bis ihre Bedeutung nach Meinung der Personalverantwortlichen entfallen ist.“ Wenn die Personalverantwortlichen meinen oder angewiesen werden, zu meinen, die Angelegenheit habe „noch weitere Bedeutung“, dann bleibt die Abmahnung in der Personalakte.

Warum ist eine Klage für alle so wichtig? Weil es sich in Zukunft leichter kämpfen lässt, wenn die Kollegen wissen, dass die Daimler AG sie nicht abmahnen durfte. Durften die Kolleginnen und Kollegen der Nachtschicht sich während der Schichtzeit versammeln? Durften sie vor Schichtende die Maschinen abstellen? Ist das, was die Kolleginnen und Kollegen getan haben, durch das Grundrecht auf Streik geschützt? Vor rund 150 Jahren wurde das Streikverbot aufgehoben. Und doch ist immer noch das Streikrecht voller Einschränkungen, wie die 761 Abmahnungen zeigen. Das, was die Nachtschicht getan hat, war gerechtfertigt. Ein entsprechendes Urteil wäre eine bedeutsame Verbesserung des Streikrechts, des wichtigsten aller Freiheitsrechte. Dafür lohnt es sich vor den Gerichten zu kämpfen.

Der Autor des Artikels in der Zeitung 'Kopfstütze' meint: „Erst bei einem erfolgreichen Urteil des Europäischen Gerichtshofs kann die Gesetzgebung in Deutschland für die Zukunft möglicherweise geändert werden.“ Aber es geht nicht um die Änderung der Gesetzgebung, es geht um die Änderung der Rechtsprechung, und zwar um die Änderung der Rechtsprechung der deutschen Gerichte. Und die muss sich nicht erst dann ändern, wenn der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg entschieden hat. Die Europäische Sozialcharta ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der in Deutschland den Rang eines einfachen Gesetzes hat. Die Gerichte haben dieses Gesetz wie alle anderen Gesetze auch zu beachten.

Der Autor des Artikels in der Zeitung der VKL führt als Beweis für die Aussichtslosigkeit einer Klage an: „Schon Anfang des Jahres haben die Anwälte der IG Metall die Möglichkeit geprüft, mit Klagen vor dem Arbeitsgericht die Abmahnungen „weg“ zu bekommen. Auch viele Anwälte sind leider zu der Auffassung gekommen, dass die Abmahnungen auf dem gerichtlichen Weg nicht „weg“ zu bekommen sind.“

Erinnert sich noch jemand an die Kassierererin Emmely, der nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit gekündigt wurde, weil sie angeblich zwei Pfandbons zu ihren Gunsten eingelöst hatte? Nach dem Urteil der Fachöffentlichkeit und fast aller Anwälte hätte Emmely ihren Prozess niemals gewinnen dürfen. Die Kündigung wegen Kleinigkeiten war eine seit Jahrzehnten gefestigte Rechtsprechung. Und doch änderte das Bundesarbeitsgericht diese Rechtsprechung und Emmely gewann ihren Prozess.

Benedikt Hopmann, Rechtsanwalt

